

## "Wo bleibt der europäische Geist?" in Luxemburger Wort (11. Dezember 2003)

**Quelle:** Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 11.12.2003. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

**Urheberrecht:** (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"wo\\_bleibt\\_der\\_europaische\\_geist\\_"\\_in\\_luxemburger\\_wort\\_11\\_dezember\\_2003-de-2ca857df-bd17-4723-97e3-d7df8ff32f5d.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Wo bleibt der europäische Geist?

Werden die EU-Staats- und Regierungschefs am Wochenende die geplante Verfassung für Europa beschließen oder nicht? Mit Sprüchen wie "besser keine Verfassung als eine schlechte", wärmen sich die Akteure aus den großen Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich und Italien gerade auf. Gewagte Muskelspiele nach der Devise, entweder ihr folgt der deutsch-französischen Linie, und diese verläuft zum Glück nahe am Konventsentwurf entlang, oder die ganze Angelegenheit wird verschoben.

Was wäre wenn? Wenn der Verfassungsvertrag wirklich in letzter Minute verschoben würde, etwa auf das kommende Frühjahr unter irischer EU-Präsidentschaft. Gewonnen wäre rein gar nichts, außer man würde ein abgewandtes Scheitern bereits als Erfolg ansehen. Eine historische Chance wäre leichtfertig vertan, von der niemand weiß, ob sie wiederkommt.

Noch nie war Europa einer Verfassung so nahe wie im Juni, als der Konvent stolz seinen Entwurf präsentierte. Dann kamen die Außenminister bzw. die Staats- und Regierungschefs, und öffneten trotz aller Warnungen die Büchse der Pandora. Fast jeder entdeckte vermeintliche vitale nationale Interessen, die er am Verhandlungstisch durchboxen will. Dass eine Einigung unter 25 Partnern nur mit einem Kompromiss zu erreichen ist, bei dem alle ein wenig zurückstecken müssen, ist nicht neu. Das vorherige taktische Verharren auf Maximalpositionen allerdings auch nicht.

Optimisten verweisen darauf, dass es bei sämtlichen Regierungskonferenzen der letzten beiden Jahrzehnte jeweils in letzter Minute doch noch zu einer Einigung kam. Das war so im Dezember 1985, als in Luxemburg die Einheitliche Akte beschlossen wurde, mit dem Instrumentarium für den gemeinsamen Binnenmarkt, 1991 in Maastricht, wo die Währungsunion geboren wurde, im Juni 1997 in Amsterdam und Ende 2000 in Nice. Die erzielten Ergebnisse wurden jedoch von Mal zu Mal magerer. In Nice hatten sie einen solchen Grad an Schwindsucht erreicht, dass bereits ein Jahr danach in Laeken ein Konvent ins Leben gerufen wurde. Auftrag: eine bessere Aufteilung der Zuständigkeiten der Union und der Mitgliedstaaten und Maßnahmen für mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz in der EU.

Spätestens seit dem 4. Oktober 2003, als die Regierungskonferenz startete, um den Entwurf des Konvents zu verwässern, scheint der hehre Auftrag in Vergessenheit geraten zu sein. Oder aber jeder der Akteure versteht etwas anderes darunter. Droht der EU etwa das gleiche Schicksal wie dem Turmbau zu Babel?

Politiker sind wenig lernfähig. Die Lehren aus der Nacht von Nice haben sie jedenfalls nicht gezogen. Zuletzt ist der alte Streit um die Stimmengewichtung im Ministerrat, der Vertretung der Einzelstaaten, in den Vordergrund getreten. Perfiderweise spitzt er sich auch diesmal auf die Frage zu, wie das Blockieren von Beschlüssen am besten erreicht werden kann. Politik für die Menschen, Europapolitik inbegriffen, ist jedoch nur mit Beschlüssen zu erreichen, nicht mit ihrem Verhindern.

Mit dem Vertrag von Nice leisteten sich die EU-Staaten ein geradezu apokalyptisches Abstimmungssystem, das – kaum war die Tinte unter dem Abkommen trocken – bereits nach Revision rief. Premierminister Jean-Claude Juncker gehörte zu den schärfsten Kritikern. Die Staats- und Regierungschefs hatten es fertig gebracht, tatsächlich eine dreifache Mehrheit vorzuschreiben, ohne die Ratsbeschlüsse keine Gültigkeit haben. Erstens, eine Mehrheit der Staaten, zweitens auf Antrag eine Überprüfung, ob die qualifizierte Mehrheit (71,3 Prozent der Stimmen der 15 bzw. 73,9 Prozent der Stimmen der 25 erreicht ist). Insgesamt gibt es 237 Stimmen, davon vier für Luxemburg bis 29 für die vier größten Staaten. Für die qualifizierte Mehrheit sind 170 Stimmen erforderlich. Doch wer dachte, eine Entscheidung sei damit legitimiert, hat weit gefehlt. Es müssen auch 62 Prozent der gesamten europäischen Bevölkerung hinter dem Beschluss stehen. Damit wollten die großen Länder verhindern, dass die zahlreichen kleinen dominieren.

Mehr als ein Schönheitsfehler; unseligerweise wurde den Ländern, die am besten feilschen konnten, Spanien und Polen, das noch gar kein Mitglied war und ist, 27 Stimmen zugestanden, nur zwei weniger als Deutschland, das mehr Einwohner hat als beide Länder zusammen. Daher versuchen die Deutschen zusammen mit den befreundeten Franzosen und dem italienischen Vorsitz, die Stimmenzahl für Madrid und Warschau wieder auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Was diesen natürlich gar nicht gefällt. Dabei ist

der Fall eher theoretischer Art. Traditionell wird gerade im EU-Ministerrat lange nach einem Konsens gesucht. Kampf Abstimmungen sind selten. Der Vorschlag des Konvents, eine doppelte Mehrheit, nämlich der Mitgliedstaaten und mindestens 60 Prozent der Bevölkerung, klingt ebenso simpel wie vernünftig. Luxemburg will, dass der Einstieg in die doppelte Mehrheit bereits jetzt beschlossen wird.

Zweiter Knackpunkt ist die künftige Zusammensetzung der EU-Kommission. Der Konvent hat vorgeschlagen, dass zunächst jedes Land einen Kommissar stellt, ihre Anzahl jedoch ab 2009 auf 15 stimmberechtigte reduziert wird. Das wollen vor allem die neuen Mitgliedstaaten verhindern. Juncker, bekanntermaßen ein Realist, hat sich bereits damit abgefunden, dass bis 2014 jedes Land einen stimmberechtigten Kommissar hat. Erst dann wird die Kommission verkleinert.

Und wenn nun doch beide heiklen Fragen einfach verschoben werden, zumindest bis 2009? (Rendezvous-Klausel)? Dann würde der Vertrag von Nice gelten mit seinem komplizierten Abstimmungssystem. Um die Verfassung zu retten, könnte dies das kleinere Übel sein. Den eigentlichen Adressaten der Verfassung, Europas Bürgern, müsste dies jedoch als ein Akt der Unfähigkeit und Feigheit vorkommen. Oder wäre er einfach nur typisch für die Gemeinschaft der 25? Jede Menge Krämerseelen, von europäischem Geist keine Spur.

Gerd Werle